

Die DVP im Oktober 2015/Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

Thomas Rottenwallner

Der Rechtsstaat 399

Das Rechtsstaatsprinzip ist nach Aussage des BVerfG eines der elementarsten, ja sogar das beherrschende Prinzip des Grundgesetzes. Genauere Aussagen zum Inhalt dieses Prinzips enthält das Grundgesetz allerdings nicht; es wird lediglich in den Artikeln 16, 23 und 28 als Maßstab für eine mögliche Auslieferung deutscher Staatsbürger an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof, für eine europäische Einigung und für die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern erwähnt.

Zugleich mit einer gewissen Unsicherheit über den Inhalt des Prinzips kommt auch Kritik an seinen (möglichen) Zielen auf. Der vorliegende Beitrag befasst sich deshalb mit dem Begriff des Rechtsstaats, den möglichen Grundlagen, Definitionsversuchen, Bedrohungen und Herausforderungen. Angesprochen werden insbesondere

- der Begriff des Rechts,
- der Begriff des Staates,
- das Verhältnis der Begriffe zueinander,
- die Begriffsgeschichte des Rechtsstaates,
- die Definitionsversuche im Schrifttum,
- verfassungstheoretische Begriffsprägungen und Kontroversen,
- mögliche Inhalte des Rechtsstaatsprinzips im Grundgesetz,
- Rechtsstaat und Verfassungswandel,
- Gefährdungen des Rechtsstaats.

Dabei können viele Aspekte nur kurz angerissen werden, die aber durch Hinweise auf weiterführende Literatur weiter vertieft werden können. In seinem Ausblick plädiert der Verfasser nachvollziehbar sowohl für eine breitere theoretische Grundlage des Rechtsstaatsprinzips, als auch für eine zumindest grundsätzliche verfassungsgesetzliche Klarstellung des Kerngehalts der Rechtsstaatlichkeit.

Holger Weidemann

Das Rechtsinstitut der Konzentrationswirkung im Straßenrecht des Landes Rheinland-Pfalz 412

Manche Projekte und Vorhaben berühren eine Mehrzahl von rechtlicher Interessen. Um unter allen relevanten Aspekten Genehmigungen und Zulassungen zu bekommen, müsste der Vorhabenträger versuchen, in sehr unterschiedlichen Verfahren mit verschiedenen Fachbehörden jeweils positive – inhaltlich aufeinander abgestimmte – Entscheidungen zu bekommen.

Der Gesetzgeber hat in manchen Rechtsgebieten versucht, durch Rückgriff auf das Rechtsinstitut der Konzentrationswirkung Verfahrensabläufe zu konzentrieren und (behördliche) Ansprechpartner zu reduzieren. Dieses Prinzip wird am Beispiel des Straßenrechts des Landes Rheinland-Pfalz hier dargestellt, lässt sich aber auch auf andere Rechtsgebiete mit vergleichbaren Regelungen (bundesrechtlich vgl. z.B. § 75 VwVfG, § 13 BImSchG) übertragen.

Peter Eichhorn

ABC – Glossar – XYZ 414

In dieser Ausgabe des Glossars zu Begriffen der Verwaltungssprache werden die Themen „Entwicklungsphasen in Kommunen“, „Interkommunale Zusammenarbeit“ und „Rechnungslegung“ kurz angesprochen.

Fallbearbeitungen

Günter Haurand/Jürgen Vable

Die abgebrochene Abschleppmaßnahme 417

Bei dieser Klausur im Polizei- und Vollstreckungsrecht geht es insbesondere um die Frage, welche Kostenfolgen sich ergeben, wenn die Vollstreckungsmaßnahme zwar eingeleitet, nicht aber ausgeführt wurde, weil ein Pflichtiger die Gefahr vorher beseitigt hat.

Einzugehen war in diesem Rahmen auf die formelle und materielle Rechtmäßigkeit eines Leistungsbescheids der Kreispolizeibehörde sowie auf die Zulässigkeit einer Klage gegen diesen Bescheid.

Udo Kunze

Leistungsanspruch aus einem städtebaulichen Vertrag 426

Bei dieser Aufgabe mit einem Schwerpunkt im Verwaltungsvertragsrecht ist ein möglicher Anspruch einer Stadt auf Zahlung von Planungskosten gegenüber einem Investor zu prüfen, der mit der Stadt einen städtebaulichen Vertrag gem. § 11 I 1 BauGB geschlossen hat.

In diesem Rahmen wird auch sehr ausführlich auf die Voraussetzungen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages sowie die sich daraus ergebenden Ansprüche eingegangen. So soll anhand dieses Falles das (in der Ausbildung oftmals eher nur am Rande behandelte) Verwaltungsvertragsrecht umfassender dargestellt und vermittelt werden.

Rechtsprechung

(Kampf-)Hundesteuer mit „erdrosselnder“ Wirkung (BVerwG, Urteil vom 15.10.2014 – 9 C 8/13) 432

Mitwirkungsrechte einer Fraktion im Kreistag (OVG Münster, Urteil vom 25.03.2014 – 15 A 1651/12) 434

Schulordnungsmaßnahme wegen Facebook-Eintrag (OVG Münster, Beschluss vom 17.09.2014 – 19 B 985/14) 437

Schrifttum 439

Die Schriftleitung

Diese Ausgabe der Zeitschrift enthält eine Beilage der Fa. Verlag C.H. BECK oHG. Wir bitten um freundliche Beachtung!

Diese Ausgabe der Zeitschrift enthält eine Beilage der Fa. Haufe-Lexware GmbH & Co. KG. Wir bitten um freundliche Beachtung!